



Sitzungsvorlage
240/052/2016

Amt/Abteilung: Kämmereiabteilung Datum: 27.07.2016	Aktenzeichen: 20.21.13		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	01.08.2016	Vorberatung N	
Stadtrat	13.09.2016	Vorberatung Ö	
Stadtrat	27.09.2016	Entscheidung Ö	

Betreff:

1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 mit Nachtragshaushaltsplan, Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Nachtragshaushalt 2016, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

1. **im Ergebnishaushalt**

der Gesamtbetrag der Erträge auf	125.901.234 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>142.478.177 €</u>
Jahresfehlbetrag	-16.576.943 €

2. **im Finanzhaushalt**

die ordentlichen Einzahlungen auf	119.070.190 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>128.597.262 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-9.527.072 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.262.949 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>12.126.850 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-1.863.901 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	12.955.788 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.564.815 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	11.390.973 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	142.288.927 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>142.288.927 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0

3. Verpflichtungsermächtigungen 11.745.000 €
4. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept
5. über den Nachtragsstellenplan

6. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 – 2019
7. den Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung

im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	187.943 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>222.148 €</u>
Jahresfehlbetrag	-34.205 €

im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	179.900 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>162.830 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	17.070 €

die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	89.000 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	89.000 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €

der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	269.300 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>162.830 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	106.470 €

Begründung:

Die Ämter und Abteilungen wurden von Seiten der Kämmerereiabteilung aufgefordert, sich abzeichnende Veränderungen vorzulegen. Zwischenzeitlich wurden alle Veränderungen, die zum oben genannten Ergebnis führen, in einen Nachtragshaushaltsplan eingearbeitet, der nun beschlossen werden soll.

Ergebnishaushalt

Im Ergebnishaushalt verschlechtert sich der im 1. Nachtragshaushalt veranschlagte Jahresfehlbetrag von 14.933.546 Euro um 1.643.397 Euro auf insgesamt 16.576.943 Euro.

Dieses Ergebnis resultiert aus Mehrerträgen in Höhe von 1.408.232 Euro und Mindererträgen in Höhe von 1.097.714 Euro sowie Mehraufwendungen in Höhe von 2.344.792 Euro und Minderaufwendungen in Höhe von 390.877 Euro.

Der im Ursprungshaushalt veranschlagte Gesamtbetrag der Erträge in Höhe von 125.590.716 Euro erhöht sich um 310.518 Euro auf nunmehr 125.901.234 Euro. Parallel dazu erhöht sich der Gesamtbetrag der Aufwendungen in Höhe von 140.524.262 Euro um 1.953.915 Euro auf nunmehr 142.478.177 Euro.

Der Nachtragshaushalt erfährt positive Auswirkungen insbesondere durch die Veranschlagung der Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken über dem Buchwert (651.000 Euro), der Erhöhung der privatrechtlichen Leistungsentgelte in Form der Zuweisungen Asyl Mieten (+510.000 Euro) sowie der Erhöhung des anteiligen Betreuungsgeldes (+177.000 Euro). Dem stehen negative Entwicklungen bei der Gewerbesteuer (-845.000 Euro) und dem Rückgang am Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von insgesamt 175.611 Euro gegenüber.

Bei den Aufwendungen sind weiterhin Steigerungen bei den Aufwendungen zur sozialen Sicherung festzustellen. So steigen insbesondere die Leistungen der Grundsicherung, Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes, Beschäftigung in einer Werkstätte für Behinderte sowie die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um weitere 435.000 Euro. Als Pendant zur Erhöhung der Mieterträge im Bereich der Flüchtlinge ist eine Steigerung in diesem Bereich insbesondere für Mieten und Kautionen für die Asylbewerberunterbringung zu verzeichnen.

Bei den Finanzaufwendungen konnten die Haushaltsansätze aufgrund des anhaltenden Niedrigzinsniveaus und der nicht Inanspruchnahme von Krediten um weitere 200.000 Euro reduziert werden. Die Gewinnausschüttung der Sparkasse Südliche Weinstraße wurde um 71.380 Euro nach oben angepasst.

Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt verschlechtert sich der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen um 1.490.408 Euro und weist nunmehr ein Defizit von insgesamt 9.527.072 Euro aus. Im Wesentlichen handelt es sich um die gleiche Begründung wie beim Ergebnishaushalt, da die veranschlagten Konten in gleicher Höhe ihren Niederschlag auch im Finanzhaushalt finden.

Der Finanzhaushalt weist im investiven Bereich (einschließlich aller Sonderfinanzierungen D 9, D 10, D 12, LGS und Baulandstrategie) durch erhöhte Einzahlungen und verminderte Auszahlungen aus Investitionstätigkeit einen um 2.867.728 reduzierten Kreditbedarf im 1. Nachtrag 2016 in Höhe von nunmehr 1.863.901 Euro aus, der Kreditbedarf des GML reduziert sich gleichzeitig von bisher 3.661.800 Euro um 1.643.800 Euro auf nunmehr 2.018.600 Euro. Rein rechnerisch ergibt das für den 1. Nachtragshaushalt 2016 nun einen Gesamtkreditbedarf von Stadt und GML zusammen in Höhe von 3.882.501 Euro. Dieser Betrag erhöht sich um einen fiktiven Betrag von 307.000 Euro (entspricht hälftigem Anteil der Veräußerungserlöse von Grundstücken bis zum Buchwert), der entsprechend der Haushaltsverfügung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zusätzlich zur Tilgung von Liquiditätskrediten herangezogen werden muss, so dass die genehmigte Kreditlinie von 4.000.000 Euro um den Betrag in Höhe von 189.501 Euro überschritten wird. Zur Finanzierung dieser Lücke stehen Ermächtigungen aus der Nichtinanspruchnahme aus den Vorjahren sowohl beim GML aus auch bei der Stadt Landau in der Pfalz zur Verfügung. Ohne die Berücksichtigung der Sonderfinanzierungen läge der Kreditbedarf bei 3.980.865 Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von bisher 8.661.706 Euro erhöhen sich um 1.601.243 Euro auf insgesamt 10.262.949 Euro. Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit vermindern sich von bisher 13.393.335 Euro um 1.266.485 Euro auf nunmehr 12.126.850 Euro.

Die Erhöhung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beruht im Wesentlichen auf den Ansatzveränderungen bei den Positionen „Zuweisungen LGS – Grünflächen“ (+712.000 Euro) und der Landeszuweisung für den Heinrich-Heine-Platz (+350.000 Euro), der Ansatzverschiebungen bei der Aktion Blau-Plus (-300.000 Euro) sowie der Grundstücksverkäufe D 13 „Im Dorf“ in Queichheim (+660.800 Euro).

Der Rückgang der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit resultiert aus den Ansatzverschiebungen der Aktion Blau Plus (-300.000 Euro), Grunderwerb Kita-Süd/Veranschlagung im Wirtschaftsplan GML (-420.000 Euro), Feuerwehr Tanklöschfahrzeug/Verschiebung (-270.000 Euro), Erschließung

Feindecke D 9/Verschiebung (-390.000 Euro) und Kanalanschlussbeiträge Erschließung D 10 und KAB/Verschiebung (-321.000 Euro) sowie der Ansatzserhöhung bei der Maßnahme Baulandstrategie D 13 „Im Dorf“ Queichheim um 468.000 Euro.

Investitionen des GML

Der Kreditbedarf des GML reduziert sich wie bereits beschrieben von bisher 3.661.800 Euro um 1.643.800 Euro auf nunmehr 2.018.600 Euro. Die Gründe hierfür liegen im Bau der Sporthalle West/Verschiebung (-1.000.000 Euro), Errichtung einer weiteren Flüchtlingsunterkunft (-500.000 Euro), der Erweiterung der Grundschule Dammheim/Verschiebung (-250.000 Euro) sowie der Abrechnung der Asylbewerberunterkunft am Prießnitzweg (+175.000 Euro).

Finanzierungstätigkeiten

Während sich die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (ordentliche Kredite und Liquiditätskredite) von ursprünglich 14.319.143 Euro um 1.363.355 Euro im Nachtrag vermindert haben, haben sich die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Tilgungsleistungen) marginal um 13.965 Euro auf nunmehr 1.564.815 Euro erhöht..

Da der Ergebnishaushalt defizitär ist, müssen Kredittilgungen über Liquiditätskredite finanziert werden. Die Kredittilgung des Kernhaushaltes (ohne GML) beträgt 1.564.815 Euro.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung steigt im Rahmen des Nachtragshaushaltes von bisher veranschlagten 9.587.514 Euro um 1.504.373 Euro auf nunmehr 11.091.887 Euro an.

Fortschreibung Haushalts sicherungskonzept

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016 wurde vom Stadtrat die Erhöhung des Kurzzeitparktarifes innerhalb des Altstadttring von 10ct/6min auf 15ct/6min beschlossen. Diese Erhöhung betraf 16 Parkscheinautomaten mit einer maximalen Parkdauer von 2 Stunden auf den Straßenzügen Königstraße, Waffenstraße, Kramstraße, Langstraße, Zeughausgasse/Untertorplatz sowie Teile der Martin-Luther Straße und der Reiterstraße. 14 dieser Automaten sind mit der Brötchentaste ausgestattet. Diese Änderung basierte auf einem Vorschlag aus der Parkraumuntersuchung, die Gebühren für hochfrequentierte Parkplätze rund um die Fußgängerzone zu erhöhen.

Im Zuge der Planung der Umsetzung haben sich jedoch Nachteile herauskristallisiert:

Die Einführung einer „Parkzone“ mit abweichender Gebührenstruktur bedarf einer Beschilderung und würde eine Vielzahl an neuen Schildern an allen Zufahrten dieser „Zone“ erfordern. Dies ist zwar möglich, würde sich aber in Anbetracht der jetzt schon großen Anzahl an Verkehrsschildern sehr negativ auf das Stadtbild auswirken und eine höhere Summe an Finanzmitteln erfordern.

Das jetzt mögliche Wechseln des Parkplatzes innerhalb der Parkzeit wäre von außerhalb der Zone in die Zone nicht mehr möglich.

Es steht zu befürchten, dass sich insbesondere an den Übergängen der Zonen mit unterschiedlicher Gebührenstruktur die Diskussionen mit den Parkenden, ob sie den richtigen Parkschein gezogen haben, häufen werden.

Aus vorgenannten Gründen wird eine moderate Gebührenerhöhung auf allen Kurzzeitparkplätzen vorgenommen. Die Taktung wird dabei von derzeit 6 Minuten auf 5 Minuten verkürzt. Dies hat für ausgewählte Parkzeiten und Gebühren folgende Auswirkungen:

Gebühr	Parkdauer Alt (min)	Parkdauer Neu (min)
10 ct	6	5
50 ct	30	25
1,00 €	60	50
1,50 €	90	75
2,00 €	120 (max. Parkdauer)	100
2,40 €	/	120 (max. Parkdauer)

Die Umstellung betrifft 57 reine Kurzzeit-Parkscheinautomaten (davon 14 mit Brötchentaste) und 16 kombinierte Kurzzeit-/Tagesticket-Automaten.

Die Parkeinnahmen der Kurzzeit-Parkscheinautomaten lagen im Jahr 2015 bei rd. 1,25 Mio. €. Die der kombinierten Kurzzeit-/Tagesticket-Automaten bei rd. 460.000 €.

Diese Änderung hat zur positiven Folge, dass sich Parksuchende, die die maximale Parkzeit von 2 Stunden ausschöpfen wollen, evtl. auf den Alten Messeplatz orientieren, da das Tagesticket mit 2,50€ dann unwesentlich teurer als die Kurzzeitparkgebühr von 2,40€/2Std. ist.

Stellenplan

Der Stellenplan 2016 enthielt 430,71 Stellen. Der Nachtragsstellenplan 2016 weist insgesamt 439,37 Stellen aus. Allein aus dem weiterhin erhöhten Bedarf in der Flüchtlingsthematik resultiert eine Steigerung von 4,50 Stellen. Darüber hinaus ergibt sich aus der geänderten Darstellung von Beamtenstellen der Stadtholding (2,5 Stellen) im städtischen Stellenplan (bisher nur im Wirtschaftsplan der Stadtholding) eine weitere

Erhöhung, ohne dass es hierzu zu einer weiteren Erhöhung bei den Personalkosten kommt. Ebenso werden verschiedene neue Stellen oder Stellenanteile gefördert, so dass letztendlich bei rund 4,5 der 8,66 neu geschaffenen Stellen keine finanziellen Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt entstehen.

Bürgerstiftung:

Die wesentliche Änderung im Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung für das Jahr 2016 bildet sich im Finanzhaushalt ab. Hier wurde der Ansatz „Grundstücksverkaufserlöse“ um 39.400 Euro auf nunmehr 89.400 Euro erhöht.

Auswirkung:

Siehe Vorlage

Anlagen:

- Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2016

- Übersicht Teilhaushalte
- Gesamtfinanzierungsübersicht – Gegenüberstellung Ursprungshaushalt und Nachtragshaushalt 2016
- Darstellung der Veränderungen im Investitionshaushalt (Aktiva/Passiva) und im Ergebnishaushalt (Erträge und Aufwendungen)
- Ergebnishaushalt 2016, 1. Nachtrag Stadt Landau in der Pfalz
- Finanzhaushalt 2016, 1. Nachtrag Stadt Landau in der Pfalz
- Ergebnishaushalt 2016, 1. Nachtrag Bürgerstiftung
- Finanzhaushalt 2016, 1. Nachtrag Bürgerstiftung
- Produktkontenübersicht 2016, Bürgerstiftung
- Nachtragstellenplan
- Entwurf des 1. Nachtragwirtschaftsplans des GML

Beteiligtes Amt/Ämter:

Hauptamt (100)

Gebäudemanagement (820)

Schlusszeichnung:

